

Gutswirtschaft besondere Aufmerksamkeit. Zwischen 1767 und 1848 wurden „Regulationen“ in 65–66 v. H. der Bauernsiedlungen durchgeführt, wodurch die bäuerlichen Felder wesentlich verkleinert wurden (S. 25). Interessant sind die Ausführungen des Verfassers über die Rechtsstellung der Odhufen (S. 31 ff.) und ihren rechtswidrigen Anschluß an die Gutswirtschaft. Das 2. Kapitel befaßt sich mit den „Industriefeldern“ (S. 35–58), unter besonderer Berücksichtigung der Rodungen. Kapitel 3 wurde der gemeinen Mark (S. 59–69) gewidmet, ohne jedoch auf die besonderen Verhältnisse in der großen Tiefebene (Alföld) einzugehen. Kapitel 4 hat den Bauernbesitz auf allodiale Boden zum Thema (S. 70–108); die wichtigsten Teile dieses Kapitels beziehen sich auf die Kurialsiedlungen (S. 75 ff.), auf die Gärtnergemeinden bzw. Gutshäuslerdörfer (S. 94 ff.). Dieses Kapitel, das auch den rechtlichen Status der Häusler (S. 84 ff.) erörtert, ist durch die Aufzählung zahlreicher Typen und Formen des Bauernbesitzes überlastet; es wäre wichtig gewesen, eine systematische, eventuell mit einer Tabelle verbundene, kurze Zusammenfassung zu geben. Verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit widmet VARGA den Problemen der Puszta im Alföld (S. 104 ff.). Dies wäre von Bedeutung gewesen, da einzelne Bauerngemeinden der Ebene 10 bis 30 Puszten in Pacht hielten. Das letzte Kapitel schildert die Verteilung des urbarialen und allodialen Bauernbesitzes (S. 109 ff.) und enthält interessante Ausführungen im Zusammenhang mit der Zahl der Bauernhufen in Ungarn in der Zeit der 1848er Reform. Diese dienen eigentlich zur Bestätigung der im Vorwort erwähnten Tatsache, daß 60,5 v. H. der einstigen Untertanen 1848 kein Land zum Eigentum erhielten (S. 8).

Trotz des hohen wissenschaftlichen Wertes, den dieses grundlegende und für das Studium der ungarischen Agrargeschichte ganz unentbehrliche Werk besitzt, muß auf einige seiner Mängel hingewiesen werden: Der Verfasser betont zu sehr die rechtliche und soziale Abhängigkeit der Bauern, er unterläßt es aber, auf jene Typen des bäuerlichen Grundbesitzes hinzuweisen, bei denen der Bauer beinahe als Eigentümer anzusehen war (volle Verfügungsgewalt sowohl *inter vivos* als auch *mortis causa*, geringe Lasten usw.); auch die Rechte der Freibauern (Kumanen, Jazygen, Hajduken) wiesen im Vergleich mit der breiten Masse der bäuerlichen Bevölkerung viele günstige Züge auf, die nicht berücksichtigt wurden. Der Verfasser unterließ es auch, auf die große Bedeutung der Urbarial-Verordnung von 1767 für die Festigung der bäuerlichen Rechte hinzuweisen: die Urbarialprozesse konnten vom adeligen Komitat an den Statthaltereirat, eine königliche Behörde, weitergeleitet werden, welcher bemüht war, das willkürliche Bauernlegen zu verhindern. Auch viele andere wichtige Rechtsfragen in bezug auf den bäuerlichen Grundbesitz wurden nicht beleuchtet (Verfügungsgewalt des Untertanen und des Herrn, erbrechtliche Fragen, Lasten usw.). — Leider bedient sich VARGA im Text ständig sehr allgemeiner Ausdrucksweisen wie „vielerorts“, „andererorts“ usw., ohne nähere Angaben, wo die einzelnen bäuerlichen Grundbesitztypen zu finden waren. — Die Lesbarkeit wird durch die langen, manchmal 10 bis 13 Zeilen umfassenden Sätze erschwert.

László Révész, Bern

UNGARN VON 1848 BIS 1918

FINK, KRISZTINA MARIA *Die österreichisch-ungarische Monarchie als Wirtschaftsgemeinschaft*. Ein historischer Beitrag zu aktuellen Integrationsproblemen. München: Rudolf Trofenik 1968. 87 S., 8 Tabellen, 2 Abb., 3 Karten.

Die vorliegende Abhandlung entstand als Dissertation unter der Leitung von Prof. HERMANN GROSS. Die Verfasserin geht bei ihrer Untersuchung von den einzelnen habsburgischen Ländern aus, die in der frühen Neuzeit verschiedene Wirtschaftseinheiten bildeten. Bereits am Ende des 16. Jahrhunderts versuchte der Wiener Hof, geleitet von den Ideen des merkantilistischen

Wirtschaftssystem, die verschiedenartigen Volkswirtschaften zu einer Einheit zusammenzufassen. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten und Probleme vergleicht die Verfasserin mit den Integrationsbestrebungen in der jüngsten europäischen Geschichte bei der Bildung der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG).

Große Aufmerksamkeit widmet das Buch den Wirtschaftsreformen JOSEPHS II., der durch die Abschaffung zahlreicher Binnenzölle und die Einführung von Schutzzöllen gegenüber anderen Ländern sowie durch die Vereinheitlichung des Steuerwesens den Versuch unternahm, ein für die damalige Zeit einheitliches und modernes Wirtschaftssystem für die gesamte Donaumonarchie aufzubauen. Seine Reformen scheiterten im wesentlichen am Widerstand des ungarischen Mittel- und Kleinadels, der dem Kaiser den Gehorsam versagte und nach seinem Tod die Abschaffung der Reformgesetze erreichte. Die Verfasserin übernimmt bei der Behandlung dieser Ära die seit dem 19. Jahrhundert bis heute in Ungarn vertretenen Geschichtsthesen, die behaupten, daß durch die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen MARIA THERESIAS und JOSEPHS II. Ungarn die Rolle eines Rohstofflieferanten für die habsburgischen Länder zugeteilt wurde und das Land gleichsam als Kolonie des habsburgischen Gesamtstaates seine eigene Volkswirtschaft nicht entwickeln konnte.

Neuere Forschungen (vor allen Dingen verschiedene Abhandlungen von ANTON ŠPIESZ, Preßburg) entkräfteten diese These, indem sie u. a. auf die Bemühungen des Wiener Hofes hinwiesen, in Ungarn moderne leistungsfähige Manufakturbetriebe einzurichten. Auch gab es in Ungarn bereits seit dem Mittelalter bestehende und modern weiterentwickelte Gewerbebetriebe, deren Verfall erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte.

Ein wichtiger Abschnitt dieses Buches ist der Darstellung des österreichisch-ungarischen Ausgleichs gewidmet. Auf Grund einer genauen Analyse der historischen Fakten kommt die Verfasserin zu dem Schluß, daß der Ausgleich von 1867, der auf dem politischen Sektor eine staatsrechtliche Trennung der habsburgischen Monarchie in zwei locker miteinander verbundene Reichsteile herbeiführte, auf dem wirtschaftlichen Sektor die inzwischen erreichte Wirtschaftseinheit nur vorläufig, sozusagen bis auf Widerruf, erhalten wollte. Im Vergleich zur EWG wird dabei festgestellt, daß man in der EWG durch die Integration der verschiedenen europäischen Volkswirtschaften gleichzeitig einen politischen Zusammenschluß der europäischen Staaten erreichen will. Von ungarischer Seite wollte man das Wirtschaftsbündnis zwischen dem ungarischen und österreichischen Reichsteil nach 1867 nur solange aufrechterhalten, wie es das ungarische Interesse erforderte. Deswegen mußten die Bedingungen des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbündnisses in Abständen von zehn Jahren neu ausgehandelt werden.

In den folgenden Kapiteln untersucht die Verfasserin die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der österreichisch-ungarischen Wirtschaftsunion. Das Ergebnis dieser Analyse zeigt, daß die Wirtschaftsunion zwischen Österreich und Ungarn nach dem Ausgleich, die aufs Ganze gesehen für beide Länder vorteilhaft war, nur solange bestehen konnte, wie beide Länder bereit waren, auf gewisse Souveränitätsrechte zu verzichten. Im Bereich der EWG bedeutet das nach den Feststellungen der Verfasserin, daß eine wirtschaftliche Einheit verschiedener Staaten ohne den Verzicht auf staatliche Souveränitätsrechte der Mitgliedsstaaten kaum denkbar ist.

Im ganzen gesehen ist diese Untersuchung, die auf einer breiten Literaturbasis angelegt wurde, ein wertvoller Beitrag zur kritischen Beleuchtung der wirtschaftlichen Entwicklung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie.

Horst Glassl, München

Sozial-ökonomische Forschungen zur Geschichte von Ost-Mitteleuropa. Budapest: Akadémiai Kiadó 1970. 231 S. = *Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 62.

Die ungarische Geschichtswissenschaft hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg intensiv mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Landes befaßt. Die wenigen Arbeiten aus der Zwischenkriegszeit und den frühen 50er Jahren sind heute auf Grund neuester Erkenntnisse durch die

elektronische Datenverarbeitung überholt und bedürfen vielfach einer Revision. Die vier Beiträge des vorliegenden Bandes fassen die neuesten Ergebnisse der Forschungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns in der Periode des Ausgleichs (1867–1914) zusammen und setzen sich kritisch mit früheren Arbeiten auf diesem Gebiet auseinander.

I. T. BEREND und GY. RÁNKI (Nationaleinkommen und Kapitalakkumulation in Ungarn 1867–1914) kommen in ihrem Beitrag zu dem Resultat, daß von 1867 bis 1913 in Ungarn 22 Mrd. Kronen Kapital akkumuliert wurden, wovon ca. 17 Mrd. Kronen auf tatsächliche Investitionen entfallen. Diese wiederum verteilen sich zu 60 v. H. auf Inländer und zu 40 v. H. auf Ausländer. Gleichzeitig stieg das Nationaleinkommen um mehr als das Vierfache und erreichte eine jährliche Steigerung von 3,2 v. H. und lag damit über der Steigerungsrate in England und Deutschland (mit je 2,6 v. H. jährlich), Rußland (2,5 v. H.), aber bedeutend unter der Wachstumsrate von 4,5 v. H., die in den USA erzielt wurde.

Der zweite Beitrag von L. KATUS (*Economic Growth in Hungary during the Ages of Dualism. 1867–1913*) beschäftigt sich mit dem Wirtschaftswachstum Ungarns (Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen) und kommt dabei zu erstaunlichen Ergebnissen, besonders für die letzten zwei Jahrzehnte vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, eine Periode des raschen industriellen Wachstums, in der sich Ungarn von einem rückständigen Agrarland zu einer bedeutsamen Wirtschaftsmacht entwickelte. Im Anhang zu dem Beitrag werden die Ergebnisse durch 58 Tafeln und 7 Skizzen statistisch belegt und vermitteln dadurch eine übersichtliche Zusammenfassung.

Der dritte Aufsatz von I. T. BEREND und GY. RÁNKI (*Zur Frage der wirtschaftlichen Revolution in Ost- und Südosteuropa*) untersucht die wirtschaftliche Expansion in Ost- und Südosteuropa, die infolge der politischen Verhältnisse (nationale Befreiung der Balkaneinsetzte. Die gegenseitige Beeinflussung von industrieller Entwicklung und Verstädterung und der damit im Zusammenhang stehenden Arbeiterbewegung in diesen Ländern werden in diesem Beitrag anschaulich dargelegt.

Im vierten und letzten Beitrag von P. HANÁK (*Die bürgerliche Umgestaltung der Habsburger Monarchie und der Ausgleich von 1867*) werden die Beziehungen zwischen der dualistischen Umgestaltung der Monarchie und den sich daraus ergebenden sozial-ökonomischen Veränderungen behandelt. HANÁK vertritt dabei den Standpunkt, daß das dualistische System weder ein Garant für die bürgerliche Umgestaltung der Monarchie wurde noch die politischen Voraussetzungen für eine demokratische Lösung der Agrarfrage und des nationalen Problems schuf.

Gernot Seide, München

PRODAN, D[AVID] *Supplex Libellus Valachorum*. The Political Struggle of the Romanians in Transylvania during the 18th Century.

Bukarest: Academy of the Socialist Republic of Romania 1971. 476 S. m. Abb. = Bibliotheca Historica Romaniae. Monographs 8.

Das bereits in zwei Auflagen (Klausenburg 1948 und Bukarest 1967) erschienene Werk liegt nun auch in einer englischsprachigen Ausgabe vor.

Der Inhalt dieses Buches darf von den früheren Auflagen her als bekannt vorausgesetzt werden. Nur soviel sei in Erinnerung gebracht, daß es sich hierbei um eine wichtige und unentbehrliche Darstellung des nationalen Erwachens der siebenbürgischen Rumänen handelt. Der Verfasser begnügt sich nicht mit einer ausführlichen Behandlung der berühmten Bittschrift „*Supplex Libellus Valachorum*“ (1791), sondern er beleuchtet in gleicher Ausführlichkeit auch den politischen und geistesgeschichtlichen Hintergrund des 18. Jahrhunderts, und er geht bei der Schilderung der politischen und sozialen Stellung der Rumänen sowie ihres Verhältnisses zu den drei staatstragenden „Nationen“ und den vier „rezipierten“ Konfessionen sogar bis in die Anfänge des Fürstentums zurück. Selbstverständlich geht die Darstellung von der rumänischen Sicht aus.

Bei der jetzt vorliegenden englischen Ausgabe stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang mit dem rumänischsprachigen Original. Da ein erläuterndes Vorwort fehlt, kann keine eindeutige Antwort gegeben werden. Immerhin zeigen Stichproben, daß es sich um eine reine Übersetzung der 2. Auflage handelt. Allerdings könnte der neu und zu Recht beigegebene Untertitel („The Political Struggle...“) vielleicht auf einige — zahlenmäßig wohl kaum ins Gewicht fallende — Umarbeitungen und Ergänzungen hinweisen. — Angesichts einer zweiten rumänischsprachigen Auflage und nun auch der englischsprachigen Ausgabe wäre es ein leichtes gewesen, einige Titel in den Literaturangaben nachzutragen. So vermißt man — um nur ein Beispiel zu nennen — das bedeutsame Werk BÂRLEAS über den bei PRODAN des öfteren erwähnten Bischof von Făgăraş, IOAN BOB (BÂRLEA, OCTAVIANUS Ex historia romana: Ioannes Bob, episcopus fagarasiensis [1783—1830]. Freiburg 1951). Auch hätte man sich neben den Literaturangaben in den Fußnoten ein zusammenhängendes Literaturverzeichnis gewünscht.

Ekkehard Völkl, Regensburg

SIPOS, PÉTER *Imrédy Béla és a Magyar Megújulás Pártja* [Béla Imrédy und die Partei der Ungarischen Erneuerung]. Budapest: Akadémiai Kiadó 1970. 261 S.

Der Historiker PÉTER SIPOS zeichnet in diesem Buch ein Bild des Politikers und Wirtschaftsfachmanns BÉLA IMRÉDY und seiner Parteigründung. Als der frühere Ministerpräsident IMRÉDY mit der Mehrheit der mächtigen Regierungspartei, der „Partei des ungarischen Lebens“ in Konflikt geriet, entschloß er sich, zusammen mit seinen Freunden einen stärker rechts gerichteten Kurs einzuschlagen. Seine im Oktober 1940 gegründete „Partei der ungarischen Erneuerung“ stand in den folgenden Jahren zwischen der Regierungspartei und den verschiedenen nationalsozialistischen Gruppierungen. Der Verfasser berichtet ausführlich über den Werdegang IMRÉDYS, seine Auseinandersetzungen mit dem konservativ-liberalen Flügel und die Gründe des Anschlusses an die äußerste Rechte. Die Darstellung ist tatsachenreich, die Wiedergabe des Materials zuverlässig und objektiv, die Analyse wissenschaftlich. Die Urteile und Schlußfolgerungen sind freilich nicht immer überzeugend, die angeführten Tatsachen bekräftigen nicht immer die Meinung des Verfassers.

Eine gewisse Unsicherheit ist bei der Beurteilung des Charakters der Politik IMRÉDYS und des Wesens seiner Partei zu bemerken. Diese Unsicherheit hängt mit der ideologisch bedingten Verwendung der Begriffsschablonen „Faschismus“, „faschistisch“, „konterrevolutionär“ zusammen. Der Leser weiß nicht genau, was der Verfasser unter diesen Begriffen versteht. Man liest, daß GÖMBÖS „die Errichtung eines totalen faschistischen Systems“ anstrebte, aus „dem ‚konterrevolutionären‘ System eine totale faschistische Diktatur“ machen wollte. Dann ist von dem „totalen Faschisierungsprogramm“ des Ministerpräsidenten IMRÉDY die Rede. Auch der Kultusminister HÓMAN wird getadelt, weil sein Kulturprogramm „einen totalen faschistischen Charakter“ gehabt habe. Fast in allen Kapiteln kommen Formulierungen wie „totale faschistische Herrschaftskoalition“, „totale faschistische Reformen“, „faschistische Bestrebungen“, usw. vor, ohne daß der Verfasser erklären würde, was er darunter genau versteht. Er ist auch nicht immer konsequent. An einem Ort des Buches behauptet er, daß das Regierungsprogramm von IMRÉDY im Mai 1938 eine „katholisch gefärbte faschistische Politik“ versprach (S. 42), später wird von demselben Programm gesagt, daß es keine qualitative Änderung gegenüber der früheren Politik von IMRÉDY bedeutete; es sei eine Fortsetzung der „konterrevolutionären“ Konsolidierungspolitik mit zeitgemäßen Mitteln (S. 236).

SIPOS sieht den Wendepunkt in IMRÉDYS Politik — abgesehen von der manchmal zufällig gebrauchten Bezeichnung „faschistisch“ — im Herbst 1938, nach der Übernahme des „Führerprinzips“ und der „Bewegung“. Das ist aber auch kein überzeugendes Argument, denn wenn auch IMRÉDY in der politischen Phraseologie solche Begriffe und Benennungen verwendete, in der Praxis, in der tatsächlichen Haltung und im Mechanismus seiner politischen Gruppe, später seiner Partei unterschied er sich gewaltig von den wirklich nationalsozialistischen und faschisti-

schen Parteien und Politikern. Der Verfasser kommt auch um die Anerkennung der Tatsache nicht herum, daß IMRÉDY und seine Anhänger in vieler Hinsicht anders waren als die deutschen oder ungarischen Nationalsozialisten. Es fehlten bei IMRÉDY die revolutionäre Attitüde, der Antikapitalismus, die soziale Demagogie, die Kirchenfeindlichkeit, der bekannte nationalsozialistische Sprachgebrauch und das Streben nach einer Massenpartei. Es stimmt, was der Verfasser behauptet, daß IMRÉDY die Regierung nicht „erobern“, sondern „übernehmen“ wollte, d. h. — auch im Interesse des deutschen Verbündeten — einen glatten Übergang zu einer nazifreundlicheren, kriegsfreudigeren, rechtsextremere Regierung zu sichern, ohne dabei weitgehende gesellschaftliche Umwälzungen durchzuführen. Sein Ziel war eine Revision des alten Systems und nicht die Ersetzung durch eine „totale faschistische Diktatur“. Auch die von dem Verfasser aufgeführten Fakten bezeugen diesen Sachverhalt, wenn auch IMRÉDY in seinen politischen Erklärungen eine radikalere Phraseologie gebrauchte.

Ausgezeichnet ist die Darstellung der gesellschaftlichen Basis der IMRÉDY-Partei und treffend die Porträts, die der Verfasser von den bedeutendsten Anhängern IMRÉDYS, von RÁCZ, JAROSS, KUNDER, RAJNIS, MILOTAY und OLÁG gezeichnet hat. — Auf Seite 99 wird irrtümlich der italienische König als VICTOR EMMANUEL IV. (statt VICTOR EMMANUEL III.) angegeben.

Gyula Borbándi, München

WAGNER, WALTER *Geschichte des k. k. Kriegsministeriums*. Band 2: 1866–1888. Wien, Köln, Graz: Hermann Böhlau Nachf. 1971. 287 S. = Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, herausgegeben von der „Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie (1848–1918)“ an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. 10.

WAGNER legt nun den zweiten Band seiner groß angelegten Geschichte des k. k. Kriegsministeriums seit 1848 vor, der auf Grund der Fülle des Quellenmaterials nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, bis zum Jahre 1918, sondern nur bis 1888 reicht; er umfaßt damit die Amtsperioden der Minister JOHN, KUHN, KOLLER und Graf BYLANDT.

Bei Königgrätz war das alte System der österreichischen Armee zusammengebrochen. Neues mußte nun an die Stelle des Veralteten treten — eine Erkenntnis, die im Grunde schon seit 1848 galt und zu fast ununterbrochenen Umstellungen in Organisation und Funktion der Armee und ihrer Spitzenbehörden geführt hatte. Die schwierige Aufgabe bestand also darin, die nötigen zeitgemäßen Neuerungen einzuführen und doch zugleich der Wehrmacht endlich eine Periode ruhiger Konsolidierung zu verschaffen, die es ihr ermöglicht hätte, die Folgen der Niederlage von 1866 zu verarbeiten. Im großen und ganzen konnten JOHN (bis Januar 1868) und KUHN (bis 1874) diese Aufgabe bewältigen, denn wenn auch in der Organisation der Spitzenbehörden immer wieder Umstellungen erforderlich waren, so traten sie fortan nach außen kaum mehr in Erscheinung, und der Bestand des Kriegsministeriums selbst war gesichert. Auch konnten die Reichskriegsminister mit den Problemen fertig werden, welche die so überaus umständliche, aber unabänderliche Dreiteilung der Wehrmacht in eine gemeinsame Armee und Marine und zwei Landwehren aufwarf, wobei ihnen die maßvolle Haltung des ungarischen Ministerpräsidenten Graf ANDRÁSSY entgegenkam. Nicht minder problematisch war die Regelung der Stellung des Erzherzogs ALBRECHT, der als der designierte Feldherr für einen künftigen Krieg galt und infolgedessen besonders auf operative und die Moral der Truppe betreffende Fragen Einfluß zu nehmen suchte. Das für ihn eingerichtete Armeeoberkommando erwies sich nicht als dauerhafte Lösung und wurde somit in ein Generalinspektorat des Heeres umgewandelt. Ganz wurden die Befugnisse des Erzherzogs aber auch in der Folgezeit nicht geklärt, ebensowenig wie die Stellung des Generalstabs und seines Chefs, der zwar einerseits Organ des Reichskriegsministeriums war, andererseits aber der erste Gehilfe des zukünftigen Oberbefehlshabers im Kriege zu sein hatte. Erst Feldmarschalleutnant BECK hat bei seinem Amtsantritt als Generalstabschef (1881) eine leidlich befriedigende Lösung dieser Organisa-

tionsfrage durchsetzen können, nachdem der über das Ziel weit hinausschießende Versuch KUHNs, den Generalstab als Truppenkörper überhaupt aufzulösen, schon unter KOLLER 1875 wieder rückgängig gemacht worden war. BECK steht im Hintergrund aller Erörterungen jener Zeit, wogegen die in früheren Jahren sich stark vordrängende Persönlichkeit FRANZ JOSEPHs jetzt nicht mehr so sehr in Erscheinung tritt, wenn auch der persönliche Oberbefehl des Kaisers über die Streitkräfte gewahrt blieb.

Neben der Organisation der Zentralbehörden standen als weitere Fragenkomplexe von entscheidender Bedeutung die Wehrfrage und das Problem der Mobilisierungsvorbereitungen und damit zusammenhängend der territorialen und administrativen Einteilung der Armee zur Debatte. Die Wehrverfassung des Reiches fand unter dem Druck der politischen Verhältnisse eine relativ rasche, freilich unbefriedigende Lösung; die beiden Landwehren und das Budget- und Rekrutenbewilligungsrecht der Parlamente, wovon besonders Ungarn eifrig und nicht immer im Interesse der Gesamtmonarchie Gebrauch machte, wurden von den maßgeblichen Militärs stets als Unglück empfunden. Die Mobilisierungsfrage erwies sich als einer dringenden Regelung bedürftig, als sich anläßlich des deutsch-französischen Krieges ein österreichischer Aufmarsch als nahezu unmöglich herausstellte. Bis 1878, dem Jahr der Okkupation Bosniens, konnte eine Besserung erzielt werden, aber eine dauernde Lösung wurde erst 1882/83 durch Wiedereinführung der Korpsverbände gefunden. Ein Kriegsleistungsgesetz durchzusetzen, das die Leistungen der Zivilbehörden im Falle einer Mobilmachung geregelt hätte, gelang nicht; es kam erst 1917 zustande.

Alle diese Fragenkomplexe hat WAGNER aus der Sicht des Reichskriegsministeriums mit der gewohnten Ausführlichkeit und Genauigkeit dargestellt. Die intensive Behandlung der Details und die oft wörtliche Wiedergabe der herangezogenen Quellen ermöglichen es dem Leser, sich ein genaues Bild nicht nur von den Vorgängen, sondern auch von der Argumentation und Mentalität der beteiligten Personen zu machen. Vergleicht man die beiden bisher vorliegenden Bände der Arbeit WAGNERS, so kommt der Wechsel in der Geisteshaltung der österreichischen Militärs vor und nach 1866 anschaulich zum Ausdruck, der sich u. a. in der nun viel stärkeren Berücksichtigung von Fachleuten, selbst solchen, die außerhalb der Armee standen, für kommissionelle Beratungen oder in dem immer wiederkehrenden Rückgriff auf Preußen als dem großen Vorbild in Wehrfragen spiegelt; demgegenüber hatte GRÜNNE in den fünfziger Jahren Preußen als nicht zu den führenden Militärmächten gehörend betrachtet! In bewußter Beschränkung bietet WAGNER allerdings nur eine Geschichte des Kriegsministeriums als Behörde; die Stellung des Ministers im Gesamtkabinett, seine Beziehungen zu den beiden Landesvereidigungsministern und die Kämpfe mit den Delegationen um budgetäre Fragen werden nicht behandelt, auch nicht die Bemühungen um die materielle Ausrüstung der Armee, z. B. in Form des neuen Geschützmaterials M. 1875. Die Schilderung dieser Vorgänge wäre freilich nur im Rahmen einer Gesamtdarstellung der Geschichte der k. k. Wehrmacht möglich, die bis heute fehlt. Einen wertvollen Beitrag zu einer solchen hat WAGNER indessen mit seiner ausführlichen und gründlichen Behandlung der Entwicklung des zentralen Führungsorgans der k. k. Armee zweifellos geleistet, und man darf auch von der geplanten Fortsetzung interessante Aufschlüsse erwarten.

Antonio Schmidt, München

ALBANISCHE FORSCHUNGEN

Begründet und unter Mitwirkung von PETER BARTL und MARTIN CAMAJ herausgegeben von
GEORG STADTMÜLLER

- Band 1: GERHARD GRIMM, *Johann Georg von Hahn (1811–1869) — Leben und Werk. 1964. 385 Seiten und 2 Ausklapptafeln sowie 1 Kunstdrucktafel, broschiert DM 48,—*
- Band 2: GEORG STADTMÜLLER, *Forschungen zur albanischen Frühgeschichte. Zweite erweiterte Auflage. 1966. XXXI, 202 Seiten und 2 Karten, broschiert DM 42,—*
- Band 3: CLAUS HAEBLER, *Grammatik der albanischen Mundart von Salamis. 1965. 178 Seiten, broschiert DM 42,—*
- Band 4: MICHAEL HEIM, *Spiridion Gopčević. Leben und Werk. 1966. X, 176 Seiten und 5 Tafeln sowie 1 Karte, broschiert DM 28,—*
- Band 5: GERT ROBEL, *Franz Baron Nopcsa und Albanien. Ein Beitrag zu Nopcsas Biographie. 1966. 191 Seiten, broschiert DM 28,—*
- Band 6: MARTIN CAMAJ, *Albanische Wortbildung. Die Bildungsweise der älteren Nomina. 1966. 175 Seiten, broschiert DM 38,—*
- Band 7: ANNELIESE WERNICKE, *Theodor Anton Ippen. Ein österreichischer Diplomat und Albanienforscher. 1967. 147 Seiten, 1 Bildnis, broschiert DM 25,—*
- Band 8: PETER BARTL, *Die albanischen Muslime zur Zeit der nationalen Unabhängigkeitsbewegung (1878–1912). 1968. 207 Seiten, broschiert DM 36,—*
- Band 9: DIETER SCHANDERL, *Die Albanienpolitik Österreich-Ungarns und Italiens 1877–1908. 1971. 185 Seiten, broschiert DM 48,—*
- Band 10: HEIDRUN KELLNER, *Die albanische Minderheit in Sizilien, dargestellt am Beispiel von Piana degli Albanesi. 1972. 133 Seiten, broschiert ca. DM 42,—*

In Herstellung:

- Band 11: NORBERT BORETZKY, *Der türkische Einfluß auf das Albanische. I: Wörterbuch der Turzismen*
- Band 12: GARY LOYD BEVINGTON, *Albanian Phonology*
- Band 13: MARTIN CAMAJ, *Der Dialekt von Falconara Albanese in Kalabrien*
- Band 14: KLAUS LANGE, *Phasen der albanischen Nationalbewegung 1878–1960*
- Band 15: PETER BARTL, *Balkanische Aufstandspläne und westliche Staaten zu Ende 16./Anfang 17. Jahrhundert*

In Vorbereitung:

- PETER BARTL, *Vinzenz Zmajević, Erzbischof von Antivari*
- GEORG STADTMÜLLER, *Bausteine zu einer albanischen Volksgeschichte*
- GERT ROBEL (Hrsg.), *Franz Baron Nopcsa, Das Wohnheitsrecht der nordalbanischen Bergstämme*
- CHRISTINE KÖRNER, *Die Entwicklung der albanischen Presse im Mutterland und im Exil*
- PETER BARTL, *Beiträge zu einer Bibliographie Skanderbegs*

OTTO HARRASSOWITZ VERLAG WIESBADEN

STUDIA HUNGARICA

Schriften des UNGARISCHEN INSTITUTS MÜNCHEN

Herausgeber: GEORG STADTMÜLLER

1. THOMAS VON BOGYAY, *Bayern und die Kunst Ungarns*
1964. 25 Seiten, 15 Abbildungen, kartoniert DM 4,—
2. PETER GOSZTONY, *Der Kampf um Budapest 1944/45*
1964. 88 Seiten, 33 Abbildungen, 5 Karten, kartoniert DM 10,—
3. KÁROLY GAÁL, *Spinnstubenlieder. Lieder der Frauengemeinschaften in den magyarischen Sprachinseln im Burgenland*
1966. 143 Seiten, 5 Bildtafeln, 1 Karte, kartoniert DM 14,—
4. SZABOLCS DE VAJAY, *Der Eintritt des ungarischen Stämmebundes in die europäische Geschichte (862—933)*
1968. 173 Seiten, 11 Bildtafeln, 2 Karten, 3 genealogische Tafeln (vergriffen)
5. TAMÁS TORMAY, *Der böse Deutsche — im Spiegel der heutigen ungarischen Presse*
336 Seiten, kartoniert DM 25,—

In Herstellung:

GYULA BORBÁNDI, *Der ungarische Populismus*

In Vorbereitung:

GABRIEL ADRIÁNYI, *Die Katholische Kirche in Ungarn 1895—1945*

GYULA SZEKFŰ, *Drei Generationen und ihre Folgen*

Herausgegeben und eingeleitet von GEORG STADTMÜLLER und EKKEHARD VÖLKL

UNGARN-JAHRBUCH

Begründet und herausgegeben von GEORG STADTMÜLLER

Band 1 (1969), 240 Seiten, kartoniert DM 25,—

Band 2 (1970), 212 Seiten, kartoniert DM 25,—

Band 3 (1971), 240 Seiten, kartoniert DM 25,—

Band 4 (1972) erscheint demnächst

V. HASE & KOEHLER VERLAG · MAINZ